

Umweltminister will Wolf-Obergrenze

Bund soll Zahl festlegen

Hannover. Niedersachsens Umweltminister Olaf Lies hat eine Art Obergrenze für Wölfe in Deutschland verlangt. Es gehe um den „günstigen Erhaltungszustand“, sagte der SPD-Politiker am Freitag in Hannover. „Wie viele Wölfe und Rudel bedarf es, um zu vermeiden, dass der Wolf wieder ausstirbt?“ Diese Zahl müsse der Bund definieren, sie könne sich auch jährlich ändern. Der „günstige Erhaltungszustand“ gilt aufgrund von EU-Regeln als eine der Voraussetzungen für eine reguläre Jagd.

Der Bundestag hatte im Dezember ein Gesetz beschlossen, das ermöglicht, Wölfe zum Schutz von Schafen und anderen Weidetieren leichter abzuschließen. Nach Lies' Einschätzung wird der Spielraum dieses Gesetzes allerdings nicht ausreichen, um in den kommenden Jahren damit zurecht zu kommen. In Niedersachsen breite sich der Wolf sehr schnell aus. Derzeit gibt es dem Minister zufolge 240 Wölfe.

Er gehe von noch mehr Tieren aus, sagte der Wolfsberater der Landesjägerschaft, Raoul Reding. Anfang Mai sei eine laktierende, also säugende Fehe bei Lachendorf (Landkreis Celle) in eine Fotofalle getappt. Dies sei der erste Nachweis von Welpen in diesem Jahr in Niedersachsen. Mittlerweile wurden laut Reding landesweit 24 Rudel, fünf Wolfspaare und ein Einzelwolf mit eigenem Territorium nachgewiesen.

Das Umweltministerium in Hannover hat auf Grundlage des neuen Bundesgesetzes eine neue Wolfsverordnung erarbeitet. Neben Regelungen zum Abschuss geht es um die Prävention. Weidertierhalter wird nicht mehr pauschal empfohlen, Elektroschutzzäune in Höhe von 1,20 Meter zu errichten. Zum Beispiel am Deich oder in der Lüneburger Heide seien die hohen Zäune weder geeignet noch zumutbar, sagte Lies. DPA

Fitnessstudios bleiben geschlossen

Lüneburg. Die Schließung von Fitnessstudios in Niedersachsen ist nach einem Beschluss des Oberverwaltungsgerichts (OVG) Lüneburg rechtens. Der Antrag einer Betreiberin gegen die Corona-Verordnung des Landes wurde abgelehnt, wie die Justizbehörde am Freitag mitteilte. Mit Blick auf das bisherige Infektionsgeschehen und die Wirkung der Maßnahmen seien Schließungen weiterhin als wichtiger Baustein im Kampf gegen das Coronavirus zu sehen, hieß es zur Begründung. Der Beschluss ist unanfechtbar. (Az.: 13 MN 156/20).

„Damit bleiben Fitnessstudios in Niedersachsen bis auf Weiteres geschlossen“, sagte ein Sprecher des Sozialministeriums am Freitag. Eine Ausnahme ist derzeit aber ein Studio in Bad Iburg im Kreis Osnabrück, das nach einem vorläufigen Beschluss des Verwaltungsgerichts Osnabrück vorerst weiter öffnen darf (Az.: 3 B 23/20). Gegen diese Öffnungen war das Land mit einer Beschwerde vorgegangen, auch um Rechtssicherheit und eine einheitliche Regelung für ganz Niedersachsen zu erreichen. Eine neue Entscheidung im Bad Iburger Fall liegt noch nicht vor. Das Sozialministerium sieht sich aber durch den OVG-Beschluss in seiner Argumentation bestätigt. Das Gericht sieht für Fitnessstudios durch das deutlich gesteigerte Atemverhalten unter körperlicher Belastung ein hohes Infektionsrisiko. DPA

BUND DER STEUERZAHLER Beamte als Unterstützung

Hannover. Der Bund der Steuerzahler in Niedersachsen und Bremen stellt zur Debatte, nicht ausgelastete Beamte in Branchen mit Personalnot einzusetzen. „Warum nicht Beamte zur Unterstützung der Mediziner und Pfleger im Gesundheitswesen beiziehen, wenn dies erforderlich wird?“, schlug der Vorsitzende Bernhard Zentgraf im Interview der „Neuen Osnabrücker Zeitung“ (NOZ) vor. Der Bund der Steuerzahler Niedersachsen und Bremen sehe angesichts der Krise bei den Beamten im Land eine „in diesem Ausmaß nicht gekannte Ungleichheit im Arbeitseinsatz“. DPA

TRUNKENHEIT AM STEUER Hund stirbt bei Autounfall

Ovelgönne. Bei einer Kollision mit einem parkenden Auto in Ovelgönne (Landkreis Wesermarsch) ist ein Mann schwer und ein Hund tödlich verletzt worden. Ein 60-Jähriger sei am Donnerstagabend betrunken mit seinem Auto rechts von der Straße abgekommen und gegen den dort geparkten Wagen eines 51-Jährigen geprallt, teilte die Polizei mit. Dieser war gerade dabei, seine Hunde im Kofferraum unterzubringen. Durch die Kollision wurde er auf den Boden geschleudert und unter dem Auto des 60-Jährigen eingeklemmt. Schwer verletzt kam er in eine Klinik. Einer der Hunde starb. DPA

Lärmschutz kommt schleppend voran

In Niedersachsen sinken die Investitionen in Schallschutzwände entlang der Bahnstrecken



Ein Güterzug fährt durch Etelsen: Mehr als 6000 Niedersachsen sind Bahnärm von mehr als 70 dB ausgesetzt.

FOTO: FOCKE STRANGMANN

VON PETER MLODOCH

Hannover. Beim Lärmschutz kommt die Deutsche Bahn in Niedersachsen äußerst schleppend voran. Im vergangenen Jahr wurde lediglich ein einziger Kilometer Strecke nachträglich lärmsaniert. In den Jahren zuvor waren es noch 6,8 und 6,5 Kilometer. Das ergibt sich aus einer Antwort des Bundesverkehrsministeriums auf eine Anfrage des Bundestagsabgeordneten Sven-Christian Kindler (Grüne) aus Hannover. Danach sinken in Niedersachsen seit vier Jahren die Investitionen in den aktiven Lärmschutz direkt an den Strecken, etwa für Schallschutzwände. Betrogen diese Mittel 2016 noch 18,7 Millionen Euro, waren es 2019 nur noch zwölf Millionen Euro. Für passive Maßnahmen an streckennahen Gebäuden wie Isolierfenster oder Dämmungen von Außenwänden flossen 2019 lediglich 900 000 Euro. 180 Wohnungen erhielten Mittel aus diesem Topf.

Fast 395 800 Niedersachsen sind laut Ministeriumsankunft, die dem WESER-KURIER vorliegt, tagsüber von Zug-Lärm mit einer Stärke von 60 Dezibel (dB) Schalldruck betroffen, das sind rund fünf Prozent der Bevölkerung. 20 000 Bürger müssen Lautstärken von 70 zu 75 db ertragen, 8770 sogar über 75 dB. Dieser Wert entspricht dem Krach eines Gewitters oder eines beschleunigten Motorrads. Laut Studien sind ab 60 dB bei längerer Einwirkung Hörschäden möglich; ab 65 dB steigt das Risiko von Herzkrankheiten. Nachts sieht es insgesamt zwar

besser aus; aber mehr als 6000 Niedersachsen sind Bahnärm von mehr als 70 dB ausgesetzt.

„Jeden Tag und auch jede Nacht sind tausende Menschen von Schienenlärm betroffen. Dass in ganz Niedersachsen im Jahr 2019 lediglich ein einziger Kilometer lärmsaniert wurde, ist ein erschreckendes Armutszeugnis“, kritisiert Kindler im Gespräch mit dem WESER-KURIER. „Wenn es in diesem Schnecken-tempo voran geht, dann dauert es noch hundert Jahre, bis die Lärmsanierung abgeschlossen ist.“ Hier würden falsche Prioritäten gesetzt, sagt der Grünen-Parlamentarier. „Die lärmgeplagten Menschen in Niedersachsen können sich auch bei den drei CSU-Verkehrministern Peter Ramsauer, Alexander Dobrindt und Andreas Scheuer für den Lärm bedanken, denn jahrelang waren

bayerische Straßen wichtiger als der Lärmschutz im Norden.“

1999 hatte der Bund für das Bahnnetz ein Lärmsanierungsprogramm gestartet. Es gilt für freiwillige Maßnahmen an bereits bestehenden Schienenwegen, die anders als Neu- oder Erweiterungsbauten nicht unter die strengen Grenzwerte der Verkehrslärmschutzverordnung fallen. Aus diesem Topf wurden in Niedersachsen seitdem insgesamt 285,68 Kilometer Strecke nachträglich mit aktivem Schallschutz gegen eine übermäßige Geräuschbelastung ausgestattet. 4700 Wohnungen entlang den Schienen erhielten in den vergangenen Jahren Schallschutzfenster und andere passive Maßnahmen. Aber etliche geplagte Gleisbewohner warten noch. Im 144-seitigen Bahn-Verzeichnis „der noch zu bearbeitenden Lärmsanierungsbereiche“

finden sich unter anderem kleinere Schiene-Abschnitte in Verden, Achim, Kirchlinteln und Bremerhaven sowie 34 Kilometer der Strecke Cuxhaven-Stade. Kindler fordert eine deutliche Aufstockung der Mittel für Niedersachsen. Es gehe nämlich auch um Akzeptanz des umweltfreundlichen Verkehrsmittels Bahn: „Wir müssen dringend mehr Güter von der Straße auf die Schiene verlagern, aber dafür muss die Bundesregierung den Lärmschutz endlich ernst nehmen.“

Besonders ärgert sich der Bundestagsabgeordnete darüber, dass in Niedersachsen trotz nachgewiesener Minderungswirkung keine einzige innovative Lärmschutzmaßnahme aus der 2015 novellierten Schallschutzrichtlinie 03 verbaut worden sei. Dabei handelt es sich um niedrige Schutzwände sehr nah am Gleis, um Schienenstegdämpfer, um Schmiereinrichtungen oder um Brückenentdröhnungen. Diese Mittel seien vom Eisenbahn-Bundesamt im Vergleich zu konventionellen Maßnahmen als „nicht wirtschaftlich“ befunden worden, erklärt das Bundesverkehrsministerium.

„Das ist total absurd“, kritisiert Kindler. Es könne doch nicht die Konsequenz sein, dass man einfach alles macht wie bisher und vollkommen auf innovative Lärmschutzmaßnahmen verzichtet, meint der Abgeordnete. „Wir müssen alles, was technisch machbar ist und Lärm reduziert, auch einsetzen. Innovative Lärmschutzmaßnahmen wurden doch nicht für die Schublade erforscht und getestet.“ HPM

Leisere Motorräder

Hannover. „Freizeitvergnügen ja – Belästigung nein“: Mit diesem Motto will Niedersachsens CDU-Fraktion laute Motorräder ausbrennen. So fordert die Union ein generelles Verbot von Klappenpuffern, absichtlich herbeigeführten Fehlzündungen und anderem lärmverursachendem Zubehör. Außerdem soll die Polizei mehr Prüf- und Sanktionsmöglichkeiten bekommen. „Wir wollen niemanden vorschreiben, welches Verkehrsmittel er nutzt“, sagt der Umweltpolizist Martin Bäumer. „Aber das Vergnügen des Einen darf nicht zur Belästigung

der Anderen führen.“ Vor allen in Südniedersachsen und im Harz litt viele Menschen unter der Rücksichtslosigkeit einzelner Motorradfahrer, meint der CDU-Abgeordnete. Um einen fairen Ausgleich der beiderseitigen Interessen zu erreichen, schlägt Bäumer auch polizeiliche Schwerpunktkontrollen an Sonn- und Feiertagen in den von lärmenden Bikern besonders betroffenen Regionen vor. „Wir müssen den Schutz der Wohnung beachten, geltendes Recht konsequent umsetzen und wo nötig nachjustieren.“ HPM

AUS DEM NOTIZBLOCK

Abstand und Umwelt



Peter Mloch und die Woche in Hannover

Ein kleines Filmchen in den sozialen Netzwerken wirbt Niedersachsens Umweltminister Olaf Lies (SPD) derzeit für den „Niedersächsischen Weg“ beim Artenschutz. Dahinter verbirgt sich der angestrebte Vertrag zwischen Bauern und Naturschützern, den das Land mit 120 Millionen Euro sponsern will und der das jüngst gestartete Volksbegehren von Nabu, Grünen, Imkern und anderen Verbänden doch noch stoppen soll. Für die Aufnahmen traf sich Lies in der leeren Wandelhalle des Landtags mit seiner Agrar-Kollegin Barbara Otte-Kinast (CDU). „Wir wollen aufzeigen, dass es kein Gegeneinander, sondern ein Miteinander ist“, flötet der Ressortchef in die Kamera. Die Ministerin steht etwas unbeholfen daneben, lächelt steif und darf sich schließlich artig in Richtung Umwelt revanchieren. Die CDU war denn auch alles andere als begeistert, wollte die Veröffentlichung des gemeinsamen Videos sogar verhindern. Vergeblich. Nur die Fortsetzung zeigt Lies nun solo im grünen Innenhof seines Amtssitzes.

Peinlich genau achtet der Niedersächsische Landtag auf Hygiene und Abstand. So desinfizieren eifrige Saaldienere nach jedem Redebeitrag der Abgeordneten das Rednerpult und tauschen die Mikrofonkappen und bereitgestellte Getränke aus. Als Grünen-Frak-

tionschefin Julia Willie Hamburg als Erste auf die Corona-Regierungserklärung von Ministerpräsident Stephan Weil (SPD) antworten wollte, stutze sie allerdings. Irgendwas schien nicht in Ordnung zu sein. Parlamentspräsidentin Gabriele Andretta (SPD) konnte sie aber schnell beruhigen. „Das Wasser steht Ihnen zur Verfügung“, rief die Sitzungsleiterin Hamburg fröhlich zu. „Herr Ministerpräsident hat es nicht angerührt.“

Eine offizielle Maskenpflicht gibt es im Hohen Haus noch nicht. Den Abgeordneten blieb es selbst überlassen, wie sie es mit dem Mund-Nasen-Schutz handhabten. So fielen die Trage-Quoten der Fraktionen höchst unterschiedlich aus; ganz weit vorne lagen die Grünen. Dabei trieben sie es besonders bunt. Mit der echten Parteifarbe tauchte nur Ex-Landwirtschaftsminister Christian Meyer auf. Finanzexperte Stefan Wenzel nutzte ein lindgrünes Schal, während Landtagsvizepräsidentin Meta Janssen-Kucz auf Rubinrot auswich und Fraktionsvizevorsitzende Miriam Staudte es mit einer schlichten OP-Maske probierte. Parlamentsgeschäftsführer Helge Limburg verbarg sein Gesicht hinter einem dunklen Tuch – offenbar mehr im Western- als im Autonomien-Look. Das erinnere ihn schwer an die kriminellen Dalton-Brüder aus den Lucky-Luke-Comics, meinte jedenfalls CDU-Kollege Jens Nacke. Limburg nahm es ihm nicht übel. Obwohl die vier Gangster nicht die hellsten seien, kämen sie „gleichwohl sympathisch“ rüber. hannover@weser-kurier.de

Rückkehr in die Schulen

Regierung prüft Maskenpflicht außerhalb des Unterrichts

VON HELEN HOFFMANN

Hannover. Niedersachsens Kultusministerium hat einen Fahrplan für die Rückkehr der Schüler vorgelegt. Die vierten Klassen werden seit Anfang Mai wieder in der Schule unterrichtet, die zwölften Klassen seit dem 11. Mai. Am 18. Mai folgen dann die Schüler der Klassen drei, neun und zehn. Darüber hinaus sieht der Fahrplan dem Bericht zufolge vor: Die elfte Klasse kehrt am 25. Mai zurück, die zweite, siebte und achte Klasse am 3. Juni, und die erste, fünfte und sechste Klasse am 15. Juni. All dies geschehe „unter Corona-Bedingungen“, erklärte ein Ministeriumssprecher.

Dabei erwägt Niedersachsen eine Maskenpflicht an Schulen außerhalb des Unterrichts. „Das ist eine nicht abgeschlossene Debatte“, sagte Kultusminister Grant Hendrik Tonne (SPD) am Freitag in Hannover. Bislang sei die Entscheidung den Schulen überlassen worden, das Tragen von Masken etwa in engen Gängen vorzuschreiben. Die Rückmeldungen seien unterschiedlich. „Ich will aber nicht ausschließen, dass wir eine Vorgabe zum Tragen von Masken in Schulen bekommen“, sagte der Minister. Je besser die Abstandsregeln beachtet werden, desto weniger nötig seien Schutzmasken. In den nächsten zwei Wochen solle die Situation auch angesichts der steigenden Zahl von Schülern bewertet werden, die nun etappenweise in den Unterricht zurückkehren.

Außerdem erhält Niedersachsen 47 Millionen Euro vom Bund, um Schüler ohne eigenen Computer mit einem Laptop oder Tablet auszustatten. Hintergrund ist das 500-Millionen-Euro-Programm des Bundes zur Sofortausstattung von benachteiligten Schülerinnen und Schülern. Die Schulen sollen, wie Tonne sagte, die Computer in benötigter Zahl beschaffen und an die Schüler ausleihen. Die Fraktionschefin der Grünen im Landtag, Julia Willie Hamburg, warf dem Land Trödelerei vor. Obwohl seit Wochen feststehe, dass die Beschulung zu Hause auf absehbare Zeit zur Regel gehören werde, beginne die Landesregierung erst jetzt damit, die digitale Ausstattung der finanzschwachen Familien in den Blick zu nehmen. Bis die Laptops bei den Kindern ankämen, werde noch viel Zeit vergehen.

Zur Entlastung von Schülern und Lehrern in Niedersachsen müssen die mündlichen Abschlussprüfungen in den Klassen neun und zehn nur auf freiwilliger Basis abgelegt werden. Eine entsprechende Regelung kündigte Tonne ebenfalls am Freitag an. Damit könnten voraussichtlich 60 bis 70 Prozent dieser mündlichen Prüfungen entfallen. Die Qualität des Abschlusses werde dadurch nicht beeinträchtigt, sagte Tonne.

Seiner Einschätzung nach ist indes der Neustart der Schulen auf einem guten Weg. „Wir bekommen die eindeutige Rückmeldung, dass die Schülerinnen und Schüler sich freuen, wieder zur Schule gehen zu können.“



Grant Hendrik Tonne FOTO: STEFFEN/DPA